

Sicherung des Bremer Wohnungsbestandes

Der Unterbezirksparteitag bittet die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion, zukünftig im Falle der Veräußerung von größeren Wohnungsbeständen die Eingriffsmöglichkeiten der öffentlichen Hand zu sichern. Dazu ist ein gesamtstädtisches und ressortübergreifendes Konzept zur Sicherung der Qualität insbesondere des freifinanzierten Bestandes an Großwohnanlagen zu entwickeln. Dabei sind geeignete bauordnungsrechtliche und planungsrechtliche Rechts- und Förderinstrumente (Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot, Vorkaufsrechtsatzungen, Wohnungsaufsichtsgesetz, LBO-Novelle, Stadtumbau- und Städtebauförderung, Sicherungsanordnungen u. a.) auf ihre Anwendbarkeit der verschiedenen Stadtgebiete und Stadtteile zu prüfen. Die bestehenden Fördermöglichkeiten (bspw. WiN, soziale Stadt, Modellprojekte) sind einzubeziehen.

Der Unterbezirksparteitag unterstützt die Bemühungen der GEWOBA bei Erhalt und Modernisierung ihres Wohnungsbestandes.

Begründung:

Die privatwirtschaftliche, gewinnorientierte Führung großer Bestände von Wohnungen für untere Einkommensgruppen birgt die Gefahr unzureichender Instandsetzung und damit des schrittweisen Absinkens der Wohnqualität unter akzeptable Wohnstandards. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass diese Wohnungsbestände zum Handelsobjekt von Großinvestoren werden. Eine solche Entwicklung verschärft die beschriebene Gefahr.

Diese Gefahr ist, wie die jüngsten Vorgänge zeigen, auch in Bremen gegeben.

Neben der notwendigen Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist es notwendig, angesichts der Tendenzen des privaten international investierenden Kapitals, in Großwohnanlagen zu investieren und diese unter Renditegesichtspunkten unterhalb erträglicher Wohnstandards zu bewirtschaften, den Einfluss der öffentlichen Hand zur Sicherung der Wohnungssituation breiter Bevölkerungsschichten zu stärken.

Dazu sind die verfügbaren rechtlichen Möglichkeiten gezielt und aufeinander abgestimmt zu nutzen.

Im Falle des (Weiter-)Verkaufs insbesondere von Großwohnanlagen sind die Möglichkeiten ihrer Übernahme durch die Gemeinden Bremen und Bremerhaven zu verbessern.